



Telekom Jobkiller Nummer eins

„Schließt doch die Vorstandsetagen!“ rief eine Kollegin neben mir als wir uns zum zweiten Mal innerhalb einer Woche vor der Hauptstadtrepräsentanz der Deutschen Telekom AG in Berlin-Mitte für eine ver.di-Protestaktion gegen die Schließung von 39 CallCenter-Standorten einfanden. Das traf besser den Nerv der über 400 Anwesenden als das Rufen nach einem „strahlenden T“ eines offiziellen Gewerkschaftssprechers.

Für viele der Telekom-Beschäftigten strahlt das magentafarbene T auf ihrem Bürogebäude oder ihrem Servicefahrzeug schon lange nicht mehr, sondern erinnert sie täglich an den Verzicht, den sie immer wieder hinnehmen mussten und den Frust der durch die allmonatlichen Umstrukturierungen permanent steigt. Erst letztes Jahr verzichteten über 55.000 KollegInnen auf über 11 Prozent Ihres Gehalts, nachdem Ihnen nach 6wöchigem Streik mit dem Ergebnis, dass die KollegInnen in 3 Servicegesellschaften ausgliedert wurden, ihre Wochenarbeitszeit um 4 Stunden bei gleichem Gehalt erhöht wurde. Die Arbeitsplätze seien nun bis 2012 sicher, wurde Ihnen dafür versprochen. Das war nicht das erste

Mal, dass die Telekom-beschäftigten Nullrunden hinnahmen um Arbeitsplätze zu sichern, dennoch wurden im Konzern jedes Jahr 10.000 Stellen vernichtet. So auch jetzt. Plötzlich waren die 18.000 Kolleginnen und Kollegen, die in CallCentern beschäftigt sind mit „kalten Kündigungen“ durch Standortschließungen konfrontiert. Mit der Schließung von 30 CallCenter-Standorte bis Mitte 2011 nimmt der Telekom-Vorstand bewusst in Kauf, dass ein Großteil der 8.500 Betroffenen es sich nicht erlauben können, ihrer Arbeit hinterher zu ziehen oder ein Drittel ihres Gehalts an der Tankstelle zu lassen. Rund 600 Auszubildende verlieren ihren Einsatzort. Treffend berichtete eine alleinerziehende Mutter und Gewerkschafterin auf der ersten Kundgebung in Berlin, dass sie für eine Strecke über vier Stunden bräuchte oder für bis zu 500 Euro im Monat tanken müsste um die Strecke von Berlin nach Frankfurt/Oder und zurück täglich zu überwinden. So geht es vielen KollegInnen bundesweit. Einige haben bereits einen Wohnortwechsel hinter sich, immer mit dem Versprechen, die Arbeit sei nun sicher.

Was den KollegInnen droht, zeigen die Beispiele von einst verkauften CallCentern wie das in Potsdam mit

60 Beschäftigten an Bertelsmann. Ihnen drohen nun neue Arbeitsverträge mit einer auf 40 Stunden erhöhten Wochenarbeitszeit, einer Kürzung des Urlaubs von 30 auf 26 Tage und Lohnsenkungen von bis zu 30 Prozent. Die Jahreseinkommen sollen mittelfristig noch weiter auf rund 15.000 Euro sinken. Bereits bei der Versetzung in die CallCenter gab es einen Verzicht von 8,75 Prozent, womit ihnen ihr Arbeitsplatz zugesagt wurde.

Schluss mit dem Vertrauen in die Zusagen des Arbeitgebers! Verzicht schafft keine Arbeitsplätze!

Die 6.300 KollegInnen der Netzentren (Planung und Aufbau der Telefonnetze), die nun ausgelagert werden sollen, haben letztes Jahr 11 Wochen für bessere Bedingungen gestreikt. Auch Ihnen wurde Sicherheit vor Auslagerung und Verkauf versprochen, nun sollen sie zu diesen Servicegesellschaften wo die Telekom gerade einen Standort nach dem anderen dicht macht und gleichzeitig die Bedingungen auf das Niveau der Servicegesellschaften gedrückt werden.

Dabei ist es noch gar nicht so lange her, dass an die Aktionäre eine Rekorddividende von 3,4 Milliarden Euro (0,78 Euro pro Aktie) aus-

Welche Standorte sind betroffen?

Ulm, München, Detmold, Osnabrück, Koblenz, Köln, Aachen, Hagen, Krefeld, Mönchengladbach, Wesel, Erfurt, Gießen, Bad Kissingen, Würzburg, Kassel, Uelzen, Lübeck, Weilheim, Kiel, Gera, Mannheim, Neustadt, Saarbrücken, Halle, Potsdam, Passau, Ansbach, Leer, Münster, Konstanz, Freiburg, Karlsruhe, Weiden

Mit Managern und Regierung griechisch reden

Die Telekom hat Anfang des Jahres die griechische Telekom-Gesellschaft OTE übernommen. Dagegen wehrten sich die Beschäftigten im März zunächst mit einem Streik. Die Übernahme durch die Telekom konnte dadurch zwar nicht verhindert werden. Es war aber ein Warnschuss. Die Kampfbereitschaft und Streikerfahrung der griechischen Telekom-KollegInnen und –Kollegen, wird den Telekom-Obernen einen Strich durch die Rechnung machen, deutsche Verhältnisse zu übertragen.

Am 21.10.08 gab es in Griechenland einen Generalstreik unter dem Motto „wir halten es nicht mehr aus“. Anlass war ein 28-Milliarden-Rettungspaket an die Banken, Privatisierungsvorhaben und Rentenkürzungen. „Kein Euro zur Unterstützung der Kapitalisten“ war eine Parole bei der Demo. Unsere Gewerkschaften sollten mit Obermann, Merkel und Co. endlich griechisch reden.

geschüttet wurde. Das bereinigte EBITDA lag im Jahr 2007 bei 19 Milliarden Euro und im ersten Halbjahr 2008 bei 9,5 Mrd. Euro. Ein paar Wochen nach Verkündigung des Halbjahresergebnisses von 2008 kündigt (D)Obermann erneut massiven Personalabbau an.

Die Ankündigungen der Next Generation T-Systems mit massivem Personalabbau (12.000 bis 2010) stehen noch im Raum, als im September die Beschäftigten der

Presse entnehmen konnten, dass eine ganz andere Betriebsstruktur ab 1.1.2009 folgen wird. Nur noch die 400 größten und profitablen Kunden sollen von T-Systems betreut werden. Für einen Großteil der KollegInnen bedeutet das, wieder ein neuer Betrieb, diesmal unter der DTAG. Viele sind erst 2005 von T-COM mit Hochglanzbroschüren „umworben“ und zur T-Systems versetzt worden. Was kommt dann? Viele, besonders Ältere, lassen sich ihre Abfindungen ausrechnen. Keiner will „das Licht ausmachen“, wenn es dann doch wieder heißt, ein neues Jahr - ein neuer Betrieb muss her. Bei dem restlichen Teil der T-Systems geht es nächstes Jahr richtig zur Sache: Der Telekom-Vorstand will bis 2010 jedes Jahr über 3.000 Arbeitsplätze vernichten und der Schutz vor betriebsbedingten Kündigungen endet am 31.12.2008. Diese Methoden schreien nach massiver Gegenwehr. Große Unsicherheit, ein schlechter Organisationsgrad und sehr individualisierte Beschäftigungsverhältnisse (Leistungsbezahlung, Projektgeschäfte etc.) mahnen ver.di zu handeln. Gerade in diesen schwierigen Bereichen wie der IT-Branche gilt es Solidarität unter den KollegInnen von unten an wieder aufzubauen und gewerkschaftliche Strukturen zum Leben zu erwecken.

Südhessen macht es vor

Vier Betriebsgruppen schlossen sich zu einer Telekom-Betriebsgruppe Südhessen zusammen. Auf der Gründungsversammlung wurden die Pläne des Telekom-Vorstandes verurteilt und ein schärferer Konfliktkurs von ver.di sowie die Einbeziehung von Beamten in Streiks (nicht nur über Freizeit wie ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichtes aus dem Jahre 2000 besagt) gefordert.

Ver.di muss endlich aus der Defensive kommen und konzernweite Forderungen wie z. B. nach einem Konzerntarifvertrag Belastungsschutz aufstellen um alle Beschäftigten zeitgleich in die Streikfähigkeit zu bekommen und einen effektiven Arbeitskampf führen zu können. Solidaritätsstreiks müssten sofort organisiert werden. Längst überfällig ist auch eine kritische politische Bilanz der Privatisierung der Telekom und die Diskussion für die Reverstaatlichung.

Bundesweite Vertrauensleutekonferenzen und überregionale Mitgliederversammlungen – oder Neuformierungen wie in Südhessen (siehe Kasten) – müssen stattfinden und eine gemeinsame Strategie für die Gegenwehr diskutieren und bestimmen.

Eine reine Orientierung auf Vertreter aus der Politik zeugen nur von Hilflosigkeit. „Rein rechnerisch könnten sich diese SPD-Mitglieder im 20-köpfigen Aufsichtsrat auf die Seite der zehn Arbeitnehmervertreter, (...), schlagen.“ (...) „Doch in der Politik weiß die Linke offenbar nicht, was die Rechte tut. Denn der Bund hält noch 32 Prozent des Aktienkapitals (...) und entsendet zwei SPD-Mitglieder in den Telekom-Aufsichtsrat: Finanzstaatssekretär Jörg Assmussen und Ingrid Matthäus-Maier“ recherchierte das ND am 05.09.08 treffend.

Eine Kollegin von T-Systems



Mehr Informationen auf unserer Internetseite:

www.netzwerk-verdi.de/magentat

Von wegen Arbeitsplätze gesichert

Wir haben im Juni 2007 gegen die Annahme des Auslagerungs-Tarifabschlusses argumentiert. In **Magentat Nr. 12** schrieben wir:

„Der Verzicht auf betriebsbedingte Kündigungen und auf den Verkauf der Servicegesellschaften bis 2012 bzw. bis 2010 ist nicht das Papier wert. Die 32.000 werden bis Ende 2008 abgebaut und danach wird es weitergehen. Denn Arbeitszeitverlängerung bedeutet Arbeitsplatzvernichtung. Wie heißt es in dem Tarifabschluss? „In den Telekom-Service-Gesellschaften notwendig werdende Personalanpassungsmaßnahmen werden unter Anwendung der bekannten und neu zu entwickelnden Instrumente auf Basis beiderseitiger Freiwilligkeit durchgeführt...Die ausgewählten Mitarbeiter werden von ihrem Arbeitsplatz in eine organisatorisch abgegrenzte Einheit...überstellt“. Mit anderen Worten: Mobbing durch Clearing geht weiter. Und obendrein will man sich „neu Instrumente“ einfallen lassen, um überflüssige Kollegen dazu zu bringen „freiwillig“ das Handtuch zu werfen. Für die Abschiebe-gesellschaft Vivento wird es laut Tarifvertrag ab 1.1.2009 eine Nachfolgeorganisation geben. Durch Einstiegsgehälter zwischen 21.400 und 23.200 Euro brutto im Monat wird der Druck auf ältere teurere Beschäftigte massiv steigen. Für die billigen 4.150 Jungen werden noch mehr ältere Kolleginnen und Kollegen gehen müssen. Trotzdem erzählt uns Lothar Schröder „Die Arbeitsplätze bei T-Service sind bis zum 31. Dezember 2012 gesichert“. (Pressemitteilung vom 21.06.07)

Ein Jahr später: die Schließung von CallCentern ist die Kündigung durch die Hintertür. Fünf weitere Call-Center (Rottweil, Berlin, Gera, Göttingen und Leipzig) will die Telekom an D+S Europe verkaufen. 550 Vivento-Beschäftigte sind davon betroffen.

Die Ausgliederung der überregionalen Zentren ZTP, ZTNM, ZTQA und ZTE

Zum 1.12.2008 wurden die Technikzentren Planung, Netzmanagement, Qualität und Abnahme, sowie Einführung mit mehr als 6.000 Kolleginnen und Kollegen in die DTNP verschoben (Betriebsübergang nach §613a BGB).

Die Zentren bilden die "Nachhut" der Kollegen und Kolleginnen, die im letzten Jahr in die 3 Servicegesellschaften DTNP, DTKS und DTTS ausgegliedert wurden. Nach Aussagen des Vorstands war im letzten Jahr zunächst darauf verzichtet worden, weil sie "organisatorische Probleme" befürchteten hatten.

In den Streik konnten wir im letzten Jahr nicht eingreifen, weil wir – laut den überregionalen und lokalen Ver.di-Arbeitskampfleitungen – nicht betroffen waren. Auch unterhalb der Streikschwelle wurde praktisch nichts unternommen, um uns miteinzubeziehen.

Dabei hätte genau die Kombination aus Netzinfrastruktur und Fläche dem Streik eine zusätzliche Schlagkraft verliehen.

Der Verlauf der Kämpfe im letzten Jahr ist bekannt: trotz starker Mobilisierung unter den 50.000 direkt betroffenen Kollegen und Kolleginnen – und rechtzeitig vor Beginn

der Lohnauseinandersetzungen in der Rest-T-com – einigten sich die große Tarifkommission der Ver.di (vertreten durch den stellvertretenden Aufsichtsratsvorsitzenden L. Schröder) und der Konzern auf die Ausgliederungstarifverträge: Senkung des Gehalts um 6,5-7,5% - größerer Anteil des variablen Gehalts durch "Zielvereinbarungen" (in der DTNP 15%) - längere Arbeitszeit von 34 auf 38 Std/Woche - flexiblere Arbeitszeit (Samstag ist Regelarbeitstag) - um 30% gesenktes Einstiegsgehalt.

Die Pläne jetzt schlugen in den Zentren wie eine Bombe ein. Von der Möglichkeit, die Ausgliederung kollektiv noch verhindern zu können, geht so gut wie keine/r aus. Und individualrechtlich ist das auch nicht so ohne.

Die Stimmung schwankt zwischen Frustration und Wut. In allen Bereichen überlegen sich Kolleginnen und Kollegen, die Firma zu verlassen – oder haben es schon. Vor allem die Jüngeren und gut ausgebildeten.

Der TK-Vorstand betreibt natürlich Schönfärberei („Chancen für Leistungswillige“), die Ver.di informierte lange nicht wirklich über die Konsequenzen des Betriebsübergangs,

SPD für CallCenter-Schließung

Obwohl SPD-Politiker an der Privatisierung und Zerschlagung von Post und Telekom maßgeblich beteiligt waren und die Ausgründung von 50.000 Kolleginnen und Kollegen ausdrücklich befürwortet haben, schüren ver.di-Funktionäre immer noch Illusionen in die SPD. Die Zeitung die „Junge Welt“ berichtete am 22.11.08, dass Finanzminister Peer Steinbrück die Schließung von CallCentern einforderte. In einem Brief an ver.di soll Steinbrück erklärt haben, dass es bei der Telekom nach wie vor einen hohen Handlungsbedarf gebe, die Kosten zu senken. Lothar Schröder zeigte sich gegenüber Steinbrücks Haltung laut Presseberichten enttäuscht. Bei der SPD tue sich ein „Glaubwürdigkeitslücke“ auf, so Schröder. Längst ist die SPD nicht mehr eine Lösung für uns sondern Teil des Problems. Und ver.di-Funktionäre, die auf die SPD setzen, statt auf die Kampffähigkeit der Beschäftigten sind längst ebenfalls zum Problem für uns geworden.

machte stattdessen Muskelspiele.

In den von der Ver.di organisierten, gut besuchten und zu Beginn vergleichsweise radikalen Warnkundgebungen kam für viele Kollegen und Kolleginnen immer wieder ein Logik-Problem auf, das sich nur schwer auflösen ließ: wenn die im letzten Jahr ausgehandelten und von den Funktionären seinerzeit so gelobten Tarifverträge in den Zielgesellschaften so prima sind, warum jetzt den Aufstand machen, wo der Konzern nach §613a BGB rechtlich immer in der Lage ist, auszulagern?!?

Mittlerweile wurde ein eigener „Tarifvertrag Sonderregelungen“ für den Übergang der Zentren in die DT NP abgeschlossen. Danach sind die darin vereinbarten Regelungen geringfügig besser als die im letzten Jahr für die Kolleginnen und Kollegen ausgehandelten Regelungen – insbesondere mit einer um 1 Jahr verzögerten stufenweise Herabsenkung der Ausgleichszahlungen („Rucksack“) und der monatlichen

Abschlagszahlungen auf das variable Entgelt. Dazu kommen leichte Verbesserungen bei Schichtarbeit und Rufbereitschaft / Herbeirufverfahren.

Mit dem zum 1.12. vollzogenen Betriebsübergang wurde ein weiterer Teil der Telekombelegschaft mit seit 2006 eingefrorenen Löhnen aus der Muttergesellschaft heraus in eine flexibler rumzuschubsende Tochter gedrängt. Da ist das Verbot betriebsbedingter Kündigungen bis 2012 – allerdings bei Verkauferschutz nur bis Ende 2010 ! – vor dem Hintergrund der fortgeschrittenen Entwicklung in anderen Konzerntöchtern – nicht wirklich beruhigend (Das BEN-Q-Prinzip läßt grüßen).

Die Auslagerung in die Servicegesellschaften – und damit der direkte Angriff auf unsere Arbeits- und Lohnbedingungen – wäre nur im letzten Jahr zu verhindern gewesen. Dann nämlich, wenn Arbeitskämpfe in der Fläche und in den Zentren zusammengekommen wären und eine Strategie für die

konsequente Einbeziehung der beamteten Kolleginnen und Kollegen verfolgt worden wäre.

Alles was jetzt als "Verbesserung" für die Zentren herausgeholt wurde, um den Übergang zu versüßen, birgt zudem das Risiko einer Spaltung zu den Kolleginnen und Kollegen, die schon länger in den Servicegesellschaften sind. Eine Spaltung, die aufgrund der jetzt unterschiedlichen monatlichen Ausgleichszahlungen die anstehenden Lohnverhandlungen Anfang nächstes Jahr sabotieren könnten.

Aus diesem Grund muß es jetzt darum gehen, uns auf anstehenden Lohnauseinandersetzungen vorzubereiten. Gemeinsam mit den Kollegen und Kolleginnen, die bereits seit 2007 in den Servicegesellschaften sind.

Organisieren wir uns praktisch in unseren Betrieben. Holen wir uns gemeinsam das zurück, was sie uns abnehmen – in den Lohnauseinandersetzungen 2009 und dann jeden Tag !

Ein Kollege aus dem ZTNM

Wer wir sind und was wir wollen

Wir sind KollegInnen bei der Telekom, die zusammen mit anderen KollegInnen aus anderen ver.di-Bereichen im „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ zusammengeschlossen sind. Viele Mitglieder sind aus Enttäuschung mit den Gewerkschaften in den letzten Jahren ausgetreten. Wir haben dafür Verständnis.

Die immer dreisteren Angriffe von Seiten der Unternehmer und Regierungen können wir aber nur mit kollektiver Gegenwehr stoppen und zurückschlagen. Dafür wurden Gewerkschaften einst gegründet. Wenn sie diese Rolle heute nicht mehr erfüllen, dann spricht das nicht gegen Gewerkschaften, sondern gegen die heutige Gewerkschaftsführung. Funktionäre wie Bsirske, Schröder und viele Betriebsräte sind Co-Manager.

Wir wollen Gegenwehr statt Co-Management. Wir wollen Kämpfe, mit denen wir auch gewinnen können. Wir müssen endlich dem Beispiel unserer französischen KollegInnen folgen und uns mit Massenstreiks und Generalstreik zur Wehr setzen.

Wir müssen in der Tarifpolitik einen radikalen Kurswechsel durchsetzen. Die Politik des Lohnverzichts muss aufhören. Wir

müssen mit offensiven Forderungen und Streik ran an die Profite. Statt weiter Zugeständnisse bei der Arbeitszeit zu machen, muss die Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich auf die Tagesordnung gesetzt werden. Wie sonst soll Arbeitsplatzvernichtung und Perspektivlosigkeit für die Jugend gestoppt werden?

Wir brauchen Funktionäre, die die Interessen der Basis vertreten, wähl- und abwählbar sind und nicht mehr verdienen als einen Durchschnittslohn.

Kritische und kämpferische Betriebsräte, Vertrauensleute, Jugendvertreter, einfache KollegInnen in und außerhalb von ver.di müssen sich zusammenschließen. Wir müssen eine inhaltliche und personelle Alternative zu angepassten Betriebsräten und ver.di-Funktionären aufbauen. Wir brauchen in ver.di eine innergewerkschaftliche Opposition.

Wir fordern alle kämpferischen Kolleginnen und Kollegen, ver.di-Mitglieder und auch Nichtmitglieder auf, mit uns zu diskutieren und zu kämpfen. Nehmt Kontakt mit uns auf, lasst Euch in unseren Verteiler aufnehmen. Kommt zu unseren Treffen.

Netzwerk

für eine kämpferische und demokratische



Kontakt und V.i.S.d.P: A.Teweleit, Emser Str. 78,
12051 Berlin, magentat@netzwerk-verdi.de

Bundesweites Netzwerktreffen

Im April oder Mai 2009 findet in Kassel das nächste bundesweite Netzwerktreffen statt.

Nähere Infos in Kürze unter www.netzwerk-verdi.de

www.netzwerk-verdi.de/magentat